

Die bürgerliche Heze gegen die Gemeinde Wien.

Die kapitalistische Presse Wiens hat neuerlich mit einem heftigen Feldzug gegen die sozialistische Gemeindeverwaltung Wiens eingesezt. Das Zeichen zur Heze gab der Wiener Gemeinderat Leopold Runschak auf dem Christlichsozialen Parteitag, der die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung beschuldigte, daß ihr „Steuerfabismus“ Wien zugrunde richte, daß auf jeden Kopf der Wiener Bevölkerung eine Steuerlast von 1.800.000 Kronen laste, daß die Gemeindeverwaltung, statt sich an das Ausland zu verschulden, an ihrem Steuersystem festhalte. Die Antwort auf diese demagogische Heze gab Stadtrat Breitner in seiner Rede zum Rechnungsabluß der Gemeinde Wien.

Die Antwort Breitners.

Es ist weder überraschend, noch unangenehm, daß wir den Gegenstand erbitterter, leidenschaftlicher Kritik bilden. Das beweist lediglich, daß die Sozialdemokraten tatsächlich und mit fühlbarem Erfolg andere Wege gehen als die der Vergangenheit. An dem Tage, an dem unsere Steuerpolitik den Beifall des Herrn Stadtrates Runschak fände, täten wir besser, gleich seiner Partei auch die Last der Verwaltung zu überlassen. Es war und ist seit Ende 1918 die große entscheidende Frage, um die der Kampf in allen Ländern geht,

wer die Kosten des Krieges bezahlen soll.

Frankreich hat sich bis vor kurzem der Illusion hingegeben, daß Deutschland dieser Bahler sein und das eigene

Band überhaupt keine finanzielle Nachwirkung verspüren würde. Dieser Traum ist vorüber und seit Monaten kann die Welt beobachten, wie zwischen Großbürgertum auf der einen Seite und Kleinbürgertum und Arbeiterklasse auf der anderen Seite um die Verteilung der Steuerlast gerungen wird. In Deutschland hat die Uneinigkeit der Arbeiterklasse es bewirkt, daß der Wachtstudenten durchlöchert wurde, daß die Aufwertung der Mieten den Reallohn ungeheuer herabgedrückt hat. In Italien hat der Faschismus die Gewerkschaften gertrümmert und das Bürgertum von Steuerleistungen im weitesten Umfange befreit. Bei uns in Österreich war und ist die Sozialdemokratie stark genug, um ähnliche Attentate zu verhindern. Gewiß ist die Verarmung, in der uns dieser viereinhalbjährige Krieg zurückgelassen hat, so furchtbar, daß auch die breiten Massen der Bevölkerung darunter leiden müssen.

Es ist uns aber in Wien gelungen, die besitzenden Kreise in einem früher nie gekannten Umfange zum Steuerzahlen zu zwingen.

Das ist die einfache Erklärung für die bis zur Besinnungslosigkeit gehende Wut unserer Gegner gegen das rote Wien!

Die „Division“ des Herrn Runschak.

Der Herr Runschak hat auf dem Christlichsozialen Parteitag ausgerechnet, daß die Belastung der Wiener Bevölkerung für den Kopf und das Jahr 1.209.093 Kronen ausmache. Nur die Division ist richtig, aber alles andere falsch. Das ist ja eben das Merkzeichen der Wiener Gemeindesteuern und darin unterscheiden sie sich von dem Christlichsozialen Abgabensystem der Vergangenheit, daß die Heranziehung der einzelnen Kreise der Bevölkerung eine durchaus verschiedene ist.

Was geht denn den Arbeiter und Angestellten die Hauspersonalabgabe an? Wer bis tief in den Mittelstand hinein kann sich zwei Hausgehilfsinnen halten?

Das ist also gleich eine Steuer, die bei der Division ausgeschaltet werden müßte. Die Wiener zahlen nur in Ausnahmefällen Fremdenzimmersabgabe, wie schon der Name es besagt. Diese Post ist also offenbar nur durch ein Versehen in die Rechnung des Herrn Runschak hineingerutscht. Weder Arbeiter und Angestellte, noch Klein-

gewerbetreibende haben ein Auto. Es ist also die mit 45 Milliarden Ertrag veranschlagte Kraftwagenabgabe aus der Berechnung gleichfalls auszuschneiden. Da sich Proletarier nur selten Reit- oder Equipagenpferde halten, kommt die Pferdeabgabe in Wegfall. Auch an den Kunstverkäufungen nehmen diese Kreise keinen Anteil, deshalb berührt sie die Teilbietungsabgabe nicht. Sie betreiben kein konzessioniertes Gewerbe und bezahlen daher keine Konzessionsabgabe. Die Wertzuwachsabgabe, die Anzeigenabgabe, die Plakatabgabe hat mit den Massen der Wiener Bevölkerung nichts zu tun. Die Nahrungs- und Genussmittelsabgabe wird, da zwei Drittel aller Betriebe nach dem Gesetze überhaupt abgabefrei bleiben müssen, fast ausschließlich von den oberen Schichten gezahlt. Das gilt auch in hohem Maße für die Luxussteuerabgabe. Dabei ist als ein weiteres Kennzeichen der Wiener Abgaben hervorzuheben, daß sie die lebenswichtigen Bedürfnisse freilassen und dort zugreifen, wo es sich um Aufwendungen anderer Art handelt. Die Arbeiter und Angestellten sind keine Grundbesitzer und zahlen daher keine Grundsteuer und keine Zuschläge zu den Immobiliensteuern. Auch die Zuschläge zu den Gebühren von Totaliseur und Buchmacherwetten stammen gleichfalls nicht aus den arbeitenden Kreisen Wiens. Die Wohnbausteuer müssen allerdings alle entrichten. Dafür ist sie aber stufmäßig so aufgebaut, daß sie bei

den Kleinwohnungen mit dem Dreihundertfachen beginnt und bei den Großwohnungen in Villen und Palais mit dem Sechshundertfachen endet.

Bloßes Dividieren führt daher, wie ich später noch an einem besonderen Beispiel zeigen werde, zu einem völlig falschen Ergebnis. Die Rechnung des Herrn Ranschak stimmt also nicht! Ja, wenn einmal das Ideal der christlichsozialen Steuergesetzgebung verwirklicht wäre, wenn alle Sondersteuern verschwinden und in die Warenumsatzsteuer umgewandelt sind, dann mag die einfache Division am Platze sein.

Die Warenumsatzsteuer des Bundes ist so geartet. Sie belästet das Stück Brot, das der Arbeitslose sich von seiner kärglichen Unterstützung kauft, ganz genau in demselben Maße, wie das Stück Brot, das jemand zum üppigen Mahle beim Sacher verzehrt. Die Wiener Steuern aber zeigen ein ganz anderes Bild.

Der Rothschild des Herrn Kunschak.

Einige Fälle nur aus der erdrückenden Fülle des Materials. Eine Wiener Familie, deren Reichtum schwermütlich ist, zahlte an Hauspersonal, Kraftwagenabgabe und Wohnbausteuer im Jahre 1925 6693 Millionen Kronen. Ferner an Fürsorgeabgabe vom Geschäftsbetrieb 1182 Millionen Kronen, zusammen also das nette Einkommen von 7875 Millionen Kronen. Es handelt sich dabei insgesamt um etwa acht Personen. Da geht der durchschnittliche Schlüssel doch schon einigermaßen über die Errechnung des Herrn Kunschak hinaus.

Dieser eine Haushalt zahlt soviel wie bei dem bloßen Dividieren auf 6016 Wiener entfällt!

In der Vorkriegszeit allerdings — unter der korrekten Verwaltung der Christlichsozialen — hat es keine Hauspersonalabgabe, keine Autosteuer, keine Fürsorgeabgabe gegeben. Es existierte keine gestaffelte Skala der Wohnbausteuer. Die in Eigenbenützung stehenden Palais wurden lächerlich niedrig im Mietwert angenommen. Da war es also wohl richtig, daß auch diese Reichsten der Reichen nicht viel mehr gezahlt haben als jeder arme Teufel. Nicht einmal, wenn sie beim Sacher soupierten, da ja die so schauderhafte Nahrungsmittelabgabe noch nicht erfunden war. Nicht einmal, wenn sie zum Rennen fuhren oder in einer Theaterloge saßen, da ja die so merkwürdige Luxussteuerabgabe nicht bestand.

Die Nachtlokale und die Judenblätter des Herrn Kunschak.

Ein anderes Beispiel: Acht Wiener Nachtlokale haben im Vorjahr 10.128 Millionen Kronen an Gemeindesteuern abgeliefert. Die nicht einzeln zu ermittelnde Inseraten- und Plakatabgabe ist dabei nicht inbegriffen.

Die Wiener Arbeiter und Angestellten, die Kleingewerbetreibenden, die Ärzte, Lehrer, Rechtsanwälte, Professoren sind nicht die Besucher von Tabarin, Moulin rouge, Parisien oder Pavillon.

Aus diesen acht Lokalen wurden also nicht weniger als 7738 Kunschaksche Steuereinheiten herausgeholt. Die beiden auf dem Inseratengebiet maßgebenden Wiener Blätter (es handelt sich um das „Neue Wiener Tagblatt“ und die „Neue Freie Presse“ Anm. d. Red.) haben

Im Jahre 1925 für sich und ihren Konzern an Gemeinden abgaben 20.424 Millionen Kronen bezahlt. Vielleicht liegt darin auch das Geheimnis, warum die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung eine so schlechte Presse hat. Diese zwei Blätter zahlen also die Gehälter, die beim bloßen Dividieren auf 15.602 Einzelpersonen entfällt.

Der wirkliche Steuerfahismus!

In der Vergangenheit hat es allerdings ein bißchen anders ausgesehen.

Vom Mietzins sind rund 42 Prozent auf öffentliche Ausgaben entfallen. Eine jener lust- und lichtlosen Wiener Proletarierwohnungen hat monatlich zumindest 30 Kr. gekostet. Ein solcher Mieter hat damit die hohe und ihm vielfach kaum bekanntgewordene Auszeichnung genossen, unter den verschiedensten Titulaturen 12 Goldkronen 60 Heller als öffentliche Abgaben zu bezahlen.

Dieser Betrag ist in die Kassen des Staates, des Landes, der Gemeinde geflossen. Der Staat hat seine Realsteuern an Wien abgetreten, das seither Land geworden ist und auch diesen Pflichtenkreis besorgt. Was wäre näherliegend gewesen, als diese 12 Goldkronen 60 Heller oder jährlich 151 Goldkronen 20 Heller zu valorisieren? Das hätte 2.033.280 Kronen ausgemacht. So viel hatte lediglich aus dem Titel des Obdaches ein Wiener Arbeiter im Jahre 1914 als Steuer zu bezahlen gehabt! Heute beträgt seine Wohnbausteuer 10 S 80 g im Jahre. Nicht einen Groschen mehr! Jemand, welcher andere das Obdach belastende Steuern gibt es überhaupt nicht. Das ist der Unterschied zwischen christlich-sozialer und sozialdemokratischer Steuerpolitik. Der Mittelländler, als dessen patentierte Stützen sich die Christlich-sozialen immer aufgespielt haben, der sich eine Wohnung beispielsweise um 900 Kr. leistete, hatte damit eine Steuerlast von 378 Goldkronen oder 5.443.200 Papierkronen zu tragen. Heute macht seine Wohnbausteuer für das ganze Jahr dreißig Schilling aus. Wenn sich ein solcher Beamter oder Lehrer nicht zwei Hausgehilfinnen oder mehr hält, wenn er nicht Besitzer eines Autos ist, kein Besucher von vornehmen Restaurants oder Nachtlokalen, wenn er sich nicht an Kunstversteigerungen beteiligt oder gar ein Reitpferd hält, dann spürt er von allen den übrigen Gemeindeabgaben überhaupt gar nichts. Dieser Mittelländler mit seiner Steuerleistung von 300.000 Sch.

Bleibt tief unter dem von Runschaf errechneten Durchschnitt zurück. Unter der christlichsozialen Verwaltung mußte er bloß aus dem Titel des Wohnens schon unendlich mehr zahlen. Dabei darf man aber nicht auf die Verzehrungssteuer vergessen, die erst von den Sozialdemokraten abgeschafft worden ist. Vor allem andern nicht auf die städtischen Monopole, die eine der ergiebigsten indirekten Steuerquellen der früheren Verwaltungen gewesen sind.

Die Autos des Herrn Runschaf.

Die besondere Liebe des Stadtrates Runschaf gehört den armen Automobilbesitzern. Wenn er von unserer Kraftwagenabgabe spricht, da findet er wirklich Töne der Leidenschaft. Die Steuer für ein Kleinauto beträgt 450 S jährlich. Wenn dieses Hindernis nicht wäre, dann würde in Wien nach den Schilderungen des Stadtrates Runschaf jeder flebente Arbeiter, so wie in Amerika, sicherlich ein Auto halten. Die zehn bis zwölftausend Schilling Anschaffungskosten spielen gar keine Rolle. Die Aufwendungen für Benzin, Vereisung usw. haben natürlich gar nichts zu sagen. Offen bleibt vielleicht nur die Frage, ob so ein Wiener Arbeiter, der im vierten Stock eines Hinterhauses auf Zimmer und Küche wohnt, das Auto täglich in sein Logis mitnehmen oder auch noch die Kosten für den Bau einer Garage erschwingen wird. Das einzige Hindernis ist, wie gesagt, die Steuer von 450 S.

Wie aber war es denn im Jahre 1913? In jenen glücklichen Tagen, in denen es keine Automobilsteuer gab, aber dafür jeder Fahrgast der Straßenbahn städtischer Steuerzahler gewesen ist?

Auf Grund der mir vorliegenden Daten der Postdirektion kann ich feststellen, daß die Zahl der Privatautos in Wien im Juli 1914 insgesamt 1684 gewesen ist. Sie ist heute trotz der Steuer 3531, also mehr als doppelt so hoch. Es gibt aber doch außer Wien noch andere Bundesländer in Österreich. In diesen herrscht überall die christlichsoziale Partei. Man sollte meinen, daß dort jene Grundsätze, die Herr Runschaf vertritt, längst verwirklicht worden sind.

In Wien wurde die Steuer für Lastautomobile gänzlich aufgehoben. Im christlichsozialen Niederösterreich zahlt ein Lastauto mit Anhängewagen durchschnittlich nahezu 700 S Landessteuer.

Also viel mehr als in Wien die meisten Privatautos zahlen! Das ist eine wirkliche Verteuerung der Produktion. In Wien waren Motorräder immer abgabefrei. In Niederösterreich zahlt ein Motorrad mit Beiwagen 48 S. Auch daran läßt sich der Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Steuerpolitik recht gut erkennen.

Das Wiener Gas: das billigste der Welt.

Ich komme nun zu jenem anderen Kapitel, mit dem sich Herr Runschaf so eingehend beschäftigt hat: die Tarifpolitik der Gemeinde. Hier war er doch einigermaßen in Verlegenheit. Er mußte, ob er wollte oder nicht, eingestehen, daß die Gas- und Strompreise noch nicht valorisiert sind. Er ist allerdings in einem Nebensatz über diese Tatsache hinweggehuscht, die denn doch eine etwas eingehendere Betrachtung verdient. Nicht nur die Gas- und Strompreise, sondern auch der Tarif der Straßenbahn und der Wasserpreis sind unter dem Friedensstand. Das ist einzigartig in der ganzen Welt! Eine so vereinzelte Erscheinung ist doch zu auffällig, um nicht geprüft werden zu müssen. Vor allem soll festgestellt werden, um wieviel denn eigentlich die Gas- und Strompreise noch nicht valorisiert worden sind.

Im Frieden hat in Wien ein Kubikmeter Gas 17 Goldheller gekostet. Es gehört aber mit zu den christlichsozialen Methoden der Irreführung der Bevölkerung, daß außerdem noch eine sehr erhebliche Gasmesserrente zu bezahlen war. Sie wurde im Jahre 1916 für den fünfflammigen Gasmesser auf 60 Goldheller erhöht. Das macht also mehr als den Preis von drei Kubikmeter Gas aus. Bei dem ermittelten Durchschnittskonsum von jährlich 800 Kubikmeter für den Haushalt bedeutete die Gasmesserrente eine Verteuerung um volle 14 Prozent. Der wirkliche Gaspreis betrug also im Frieden 19.26 Goldheller.

Seither sind als neue Steuern die Wasserkraftabgabe und die Warenumsatzsteuer hinzugekommen. Beide Steuern inbegriffen beträgt jetzt der Gaspreis in Wien 19 g oder 13.57 Goldheller. Eine Gasmesserrente gibt es nicht.

Das Gas ist also in Wien gegenwärtig um 28.5 Prozent billiger als unter der christlichsozialen Verwaltung.

Dieses Ergebnis der sozialdemokratischen Tarifpolitik ist dem Herrn Runschaf natürlich sehr unangenehm. Er führt es auf ganz erstaunliche Fortschritte auf dem Gebiet der Feuerung

und Dampferverkerfung zurück. Mit Aberrafchung wird die Welt von diesen geheimnisvollen, ihr bisher anscheinend ganz unbekannt gebliebenen technischen Errungenschaften erfahren. Weder im übrigen Österreich noch im sonstigen Ausland scheint man sich diese Neuerungen zunutze gemacht zu haben. Sonst wäre es nämlich ganz unverständlich, wieso beispielsweise im ganz nahegelegenen Baden, dessen christlichsozialer Bürgermeister bis vor kurzem der gegenwärtige Finanzminister gewesen ist, der Gaspreis 35 Groschen beträgt. Dazu kommt noch eine besondere Gasmesserrente etc. Der Preis ist dort also doppelt so hoch als in Wien. Ebenso Salzburg und Graz, die 30 g, Wiener-Neustadt und Linz, die 28 g, St. Pölten, das 36 g, und Willach, das sogar 45 g als Gaspreis nebst Gasmesserrente einbehold. Auch in Deutschland, in der Tschechoslowakei, in Holland und England scheint dieselbe technische Klugheit zu herrschen. Wie wäre es anders zu erklären, daß

in Berlin die städtischen Werte 27 g und Gasmesserrente, die Gasgesellschaft in Berlin 32 g ohne Gasmesserrente verlangt? In Dresden ist der Preis 29, in Leipzig und Stuttgart 30, in München und Frankfurt 34 g. Dabei fast überall noch die Gasmesserrente. In Amsterdam, das wahrhaftig gut verwaltet wird, beträgt der Gaspreis sage und schreibe 34 g. Selbst in London, wo man gewiß alle technischen Errungenschaften sich zunutze zu machen versteht, 21 g.

In Österreich gibt es bekanntlich gar keine Gasfohle. Wir müssen unseren ganzen Bedarf aus dem Ausland, hauptsächlich aus der Tschechoslowakei, einführen. Da ist es nun übrigens interessant, daß in dem mitten in den Kohlengebieten gelegenen Prag der Gaspreis volle 38 Groschen, also genau das Doppelte des Wiener Preises ausmacht. Dabei ist in Prag noch eine Gasmesserrente zu zahlen, die es in Wien nicht gibt. Das Märchen des Herrn Stadtrates Runschak von den wunderbaren Ersparnissen durch die Technik ist also, wie alle Märchen, nicht wahr. Wir haben auch den Betrieb modernisiert, wir verwerten die Nebenprodukte in weit größerem Aufmaße, als dies früher geschehen ist. Aber das sind alles keine Geheimnisse gerade der Wiener Gaswerke und erklären also den Unterschied im Preis nicht. Das Geheimnis liegt ganz wo anders. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat eben aufgehört, die städtischen Monopole als Stenerschraube zu verwenden. Ferner erweist sich die unbedingte Nichtigkeit der vom Frühjahr 1919 trotz aller Widerstände befolgten Taktik, die Investitionen zu

weil als nur irgend möglich auf Betrieb zu nehmen und das ruinöse Schuldenmachen mit den mörderischen Zinsen zu vermeiden. Zu den Methoden sozialdemokratischer Verwaltung gehört es weiterhin, alles auf den Massenkonsum auszubauen. Am 31. Dezember 1913 zählte das Gaswerk 211.815 Abnehmer. Am 14. März d. J. waren es bereits 355.704. Die Steigerung des Abgases verringert naturgemäß die Regie.

Der Wiener Strompreis: der billigste der Welt.

Noch besser liegen die Verhältnisse bezüglich der Strompreise. Hier ist es wirklich möglich gewesen, durch den Ausbau der Wasserkräfte und die Art der Finanzierung des Baues gewaltige Verbilligungen zu erzielen. Die Nutzbarmachung von Wasserkräften ist aber leider keine sozialdemokratische Erfindung. Die Christlichsozialen hätten diese Methoden ja auch anwenden können. Sie sind aber lieber den bequemeren Weg gegangen. Unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen haben wir im Herbst 1921 mit dem Bau des Opponitzer Werkes begonnen. Die Herbeischaffung der einfachsten Arbeitsmaterialien ist damals ein wahres Kunststück gewesen. Als das Werk Anfang 1925 vollendet war, konnten wir in Wien den Kraftstrompreis um ein volles Viertel heruntersetzen. Nur deshalb, weil wir diese Wasserkräfte nicht mit kostspieligen Anlagen gebaut haben, sondern auf Grund der Wasserkräftabgabe, die fortgesetzt außerordentliche Abschreibungen ermöglicht. Ebenso wie beim Gas haben wir weiter den Absatz von Strom im weitesten Umfang gefördert. Während in der Vorkriegszeit elektrisches Licht förmlich ein Merkzeichen gehobener Lebenshaltung gewesen ist, hat sich in Wien in den letzten paar Jahren eine sprunghafte, an amerikanische Verhältnisse erinnernde Entwicklung vollzogen. Im Jahre 1913 wurden in Wien 135 Millionen Kilowattstunden Energie verkauft. Im Jahre 1925 trotz der industriellen Krise 278 Millionen Kilowattstunden. Ende 1913 war die Zahl der Anlagen 62.500, am 14. März 1926 hingegen 462.528. Die Zahl der Anlagen hat sich also ganz genau verdreifacht. Diese Bewegung geht weiter. In einigen Jahren wird es in Wien wohl nur mehr eine kleine Minderzahl von Wohnungen, Geschäftslökalen oder Betriebsstätten ohne elektrisches Licht, ohne elektrische Kraft geben.

Nun zu den Preisen. Die Kilowattstunde Licht hat im Frieden sieben Goldheller gekostet.

Sie kostet jetzt einschließlich Warenumsatzsteuer und Wasser-
kraftabgabe 3-61 Goldheller. Der Kraftpreis ist in Wien von
drei Goldheller auf 1-736 Goldheller zuzüglich aller Ab-
gaben gestiegen. Licht und Kraft kosten also um wenig mehr
als die Hälfte des Friedenspreises.

Wie sieht es diesbezüglich sonst in der Welt aus?
Da haben wir also vor allem die Newag. Sie hat das christ-
lichsoziale Rezept der Aufnahme amerikanischer Anleihen be-
folgt. Die Wirkung ist, daß der Grundpreis für Licht pro Kilo-
wattstunde 77-76 g beträgt. Dazu kommen aber noch die in
den betreffenden Gemeinden eingehobenen Abgaben und die
Warenumsatzsteuer. In Wien ist der Lichtpreis pro Kilowatt
52 g einschließlich aller Abgaben, daher um mehr als die
Hälfte niedriger. Der Lichtpreis in Regenz ist 63,
in Rems 65, in Graz 70, in Linz 72 S. In München
sind 67-5, in Brünn 71-4, in Dresden, Leipzig,
Frankfurt 76, in Hamburg 84 g zu bezahlen. Also
überall weit mehr als in Wien!

Trinkwasser umsonst — früher gab's den Wasserheller!

Fünfunddreißig Liter Trinkwasser pro Kopf und Tag
erhält jeder Bewohner Wiens unentgeltlich. In drei
Vierteln aller Häuser wird, zumal wir ja auch die Wassermesser-
rente abgeschafft haben, jahraus jahrein gar keine Re-
chnung mehr geschickt. Alle Lebensmittelbetriebe, die
meisten Industrien zahlen für tausend Liter Hochquellenwasser
vier Groschen. Den sechsten Teil dessen, was sie im
Frieden zu zahlen hatten.

Die billigsten Straßenbahntarife!

Die Tarife der Straßenbahn wurden vollständig
umgestaltet und den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung
angepaßt. Der Zonentarif, der eine Bevorzugung aller
jener Leute war, die nur kurze Strecken fahren und also nicht
auf die Benützung der Straßenbahn unbedingt angewiesen
gewesen sind, ist verschwunden. Gingen wurden als Rück-
sichtnahme auf die werktätige Bevölkerung die Wochen-
karte, die Hin- und Rückfahrkarte eingeführt. Die
Vorverkaufskarten wurden durch erhöhte Spannung
erst popularisiert. Die Streckenkarten wurden außer-
ordentlich verbilligt. Der Kinder- und Schülerfahr-
preis ist nur nominell und bedeutet eigentlich gar keine

B a h n u n g. Wir haben die Stadtbahn nicht nur unserem Versprechen gemäß elektrifiziert und damit ein technisches Problem gelöst. Durch die restlose Einfügung in das Straßenbahnnetz mit uneingeschränkter Benützungsmöglichkeit auf Grund der Einheitskarte wurde die Stadtbahn erst zum wirklichen Leben erweckt.

Verschulden soll sich Wien; die Forderung der Christlichsozialen!

Der größte Schmerz der Christlichsozialen ist es, daß wir uns nicht auf den Weg der Verschuldung drängen lassen. Es wäre ihnen natürlich außerordentlich erwünscht, eine Art Gegenstück zur Völkerbundanleihe zu schaffen, uns über den Umweg von Anleihen unter die Botmäßigkeit ausländischen Finanzkapitals zu bringen. Es war natürlich kein Zufall, daß die Vertreter amerikanischer Banken, die sich für eine Wiener Anleihe interessierten, immer wieder die Frage aufwarfen, welche Steuern dann die Gemeinde ermögli chen würde. Es ist ihnen dies natürlich von ihren Wiener Freunden auf den Weg zu mir mitgegeben worden. Sie haben aber damit kein Glück gehabt.

Es ist genug an der einen Genfer Vormundschaft, an diesem schmachvollen Schauspiel, daß Österreich den Ertrag des Tabakmonopols und alle Zölle für die Völkerbundanleihe verspfänden mußte.

Dennoch aber müssen die Vertreter Österreichs Jahr für Jahr förmlich betteln gehen, daß ihnen Teile dieser Anleihe freigegeben werden, die wir noch verzinsen und bis auf den letzten Groschen rückzahlen müssen.

Das Geld liegt im Ausland und wird nach unbestritten gebliebener Behauptung dem Staat mit zwei Prozent verzinst, während die Kosten der Völkerbundanleihe über neun Prozent ausmachen. An dem Anleiherest, der jetzt noch draußen deponiert ist, verlieren wir an Zinsen in einem einzigen Jahre mehr als zweihundert Millionen Kronen. Ein Seitenstückchen zu dieser Schande zu schaffen, die uns die Christlichsozialen eingewirtschaftet haben, wäre dieser Partei sehr angenehm. Wir werden eine Anleihe dann aufnehmen, wenn uns dies in jeder Beziehung als richtig erscheint. Es ist geradezu kindisch, wenn es als das höchste Ziel einer Volkswirtschaft und einer öffentlichen Verwaltung hingestellt wird, Auslands-

Schulden zu machen. Gewiß ist Steuerzahlen kein Vergnügen und in so schweren Zeiten, wie sie der Krieg uns hinterlassen hat, oft eine überaus harte Sache. Die Bevölkerung hat aber doch die große Beruhigung, daß dieses Geld restlos im Inland bleibt und wieder der Volkswirtschaft zufließt.

Die Zinsen der Völkerbundanleihe aber bedeuten eine unausgeglichene Schwächung Österreichs, einen Tribut, den wir im Ausmaß von jährlich tausend Milliarden Kronen den Ausländern bezahlen.

Das Organ der Christlichsozialen hat in den letzten Tagen wieder in eindringlichster Weise die Gemeindeverwaltung daran gemahnt, Schulden zu machen und sich dabei den wunderbaren Satz geleistet: „Wer es umgekehrt hält, gilt als wirtschaftlich unzurechnungsfähig und wenn er ein Privater ist, droht ihm die Entmündigung.“ So also spiegelt sich die Welt im Sinn eines Christlichsozialen! Ein Privater also, der seine Schulden machen will, müßte, nach Auffassung des Christlichsozialen Regierungsblattes entmündigt werden und sein Kurator würde dann das Aufnehmen der Schulden besorgen!

Verschuldung bedeutet Vermehrung, nicht Herabsetzung der Steuern!

Wie wir dabei auszuweichen würden, ist auch durch ein Rechenexempel leicht zu erweisen. Wir werden bis Ende 1926 für Wohnbauten und Grundkäufe zumindest 300 Millionen Schilling ausgeben. Hätten wir dies auf dem Anleiheweg bestritten, so wäre der Ertrag der Wohnbausteuer restlos aufgezehrt. Denn der ganze Ertrag der Wohnbausteuer würde für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe nicht einmal hinreichen. Wir stünden also unmittelbar vor der Frage, ob der Wohnhausbau ganz außerordentlich vermindert werden soll, was nicht nur eine furchtbare Enttäuschung für alle Wohnungsbedürftigen, sondern eine grauenvolle Vermehrung der Arbeitslosigkeit bedeuten würde. Es bliebe noch ein anderer Ausweg. Da man ja doch nicht ernsthaft daran denken kann, daß wir ein zweites solches Anlehen bekommen könnten, müßten wir die Wohnbausteuer glatt verdoppeln, um auf diese Weise Mittel zur Fortsetzung des Wohnbaues zu schaffen. Das gilt selbstverständlich auch für jede andere Art von Investition. Es sind also lächerliche Hoffnungen auf Steuerherabsetzungen, die uns Schwindelmachen geknüpft werden. Genau das Gegenteil ist wahr. Das wissen die Christlichsozialen

genau so gut wie tot. Im Frühjahr 1919 hat in diesem Saal Herr Dr. Riehböck uns den — ich darf wohl sagen — teuflischen Rat gegeben, die Erhöhung des Straßenbahntariffs von 20 auf 40 Heller zu unterlassen und statt dessen eine Anleihe aufzunehmen.

Wäre mir nach dem Riehböckschen Rezept vorzuziehen, würden die städtischen Unternehmungen längst in den Händen der Banken sein, wie dies der Bürgermeister Doktor Weiskirchner mit seinem Antrag auf Verkauf eines Teiles der Gaswerke an die Länderbank 1919 im provisorischen Gemeinderat einleiten wollte.

Ebenso wenig ist es möglich, Aufwendungen, die nicht den Zinsendienst selbst besorgen können, durch Anleihen zu bestreiten. Jetzt möchte der Herr Stadtrat Kunschak uns dazu bringen, für Wohnhausbauten Anleihen aufzunehmen. Die nächste Folge wäre selbstverständlich das Verlangen, daß die Bewohner in den Gemeindehäusern derart hohe Mietzinse zahlen müßten, daß damit die Zinsen und die Rückzahlung der Anleihe bestritten werden können. Das würde zumindest den 24.000fachen Mietzins bedeuten. Dann wäre die Bahn selbstverständlich frei für die Aufhebung des Mieterschutzes, für dieses heißeste Ziel der christlichsozialen Partei.

Tausende Milliarden würden jährlich an Zinsen ins Ausland gehen!

Stadtrat Kunschak hat sich darüber aufgeregt, daß ein Wiener im Durchschnitt 130 Schilling jährlich an Abgaben bezahlen müsse. Ich habe die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachgewiesen. Aber selbst wenn sie wahr wäre,

was bedeutet diese Belastung, für die doch schließlich das ganze Schaufwesen in Wien erhalten, alle Fürsorgeeinrichtungen betrieben, Straßen, Kanäle, Häuser gebaut, die Feuerwehr unterhalten wird, kurz eine Fülle unentbehrlicher und nützlichster Einrichtungen für die Gesamtbevölkerung da steht, gegenüber jener unvernünftig erhöhten Belastung durch die Forderung und Abschaffung des Mieterschutzes?

Das würde sich nicht vollziehen zugunsten der Allgemeinheit, sondern von höchstens 20.000 Personen. Darunter die tote Hand, Klöster und Stifte, darunter mit sicherlich rund der Hälfte aller Wiener Wohnungen und Geschäftslokale Ausländer.

Eine unerhörte, tausende Milliarden umfassende Summe würde alljährlich als ein die Volkswirtschaft völlig erschöpfender Tribut ohne jedwede Gegenleistung in das Ausland abfließen.

Das Ausland hat in den Inflationsjahren für einen Poppenstiel, von der christlichsozialen Bundesregierung durch kein Gesetzesverbot gehindert, Wiener Häuser zusammengekauft. Das Ausland ist auch jetzt noch kaufkräftig und beutehungrig. Wenn nur einige Hoffnung winkt, daß die verhängnisvollen Pläne der Regierung sich verwirklichen, werden sich die Ausländer neuerlich auf die Wiener Häuser stürzen, und das Werk der Verflaubung Wiens vollenden. Die Wiederherstellung des Ertragswertes der Wiener Häuser hat Stadtrat Runkel auf dem Wiener Parteitag als Ziel proklamiert. Er meint, daß solche Wirtschaftspolitik die Wiederaufrichtung des Volkes und des Vaterlandes bringen. Wien zur glücklichen frohen Stadt an der Donau machen werde. Wir aber wissen, daß

die Wiederherstellung des Ertragswertes der Wiener Häuser das Ende allen Glückes und allen Frohsinnes sein wird.

Wir werden mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern wissen. Wenn Wien trotz Krieg und Niederlage, trotz Zerreißung des Wirtschaftsgebietes sich noch ein bißchen Glück und Frohsinn bewahrt hat, so danktes dies einzig und allein der seit 1919 rastlos betriebenen Aufbauarbeit der Gemeinde. Diese Arbeit vermindert immerhin die Zahl der Arbeitslosen um Behtausende, der großzügige in der Welt beispiellos dastehende Fürsorgeapparat lindert das Elend, ein modernes Schulwesen rüstet die Jugend für den künftigen Lebenskampf besser als je vorher, 25.000 neue gesunde Wohnungen, auf deren Vollendung immer weitere folgen werden, verbessern einschneidend die Lebenshaltung eines großen Teiles der Wiener Bevölkerung.

Unentwegtes Festhalten am Mieterschutz wird verhindern, was das Streben der im Lager der Christlichsozialen vereinigten Bürgerlichen ist, daß die breiten Massen der Bevölkerung, wie es früher immer gewesen ist, auch diesmal allein die Kriegskosten bezahlen. Dem neuen Wien des werktätigen Volkes gilt unsere Arbeit und nur auf diese Weise wird Wien wieder glücklich und froh werden.